

Anlage 2 zum EVB-IT Dienstvertrag

Sonstige Vereinbarungen gemäß Ziffer 15 EVB-IT Dienstvertrag

1. Ziffer 15.2 (Laufzeit und Kündigung) EVB-IT Dienstleistungs-AGB wird folgt abgeändert:

„Zudem kann der Vertrag von jedem Vertragspartner bei Vorliegen eines wichtigen Grundes - ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist - innerhalb einer angemessenen Zeit ab Kenntnis des Kündigungsgrundes ganz oder teilweise gekündigt werden.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- (1) über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren oder ein ähnliches Verfahren beantragt oder eröffnet wird oder*
- (2) vereinbarte Termine oder Aufwände bei der Umsetzung von Aufträgen zweimal durch den Auftragnehmer überschritten wurden oder*
- (3) der Auftragnehmer seine Verpflichtungen gemäß Ziffer 19 (Datenschutz, Geheimhaltung und Compliance) verletzt oder*
- (4) der Auftragnehmer oder ein von diesem oder einem Subunternehmer eingesetzter Subunternehmer gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) verstößt.“*

Ein wichtiger Grund liegt zudem vor, wenn Tatsachen gegeben sind, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen der Vertragspartner die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann.“

Der übrige Wortlaut der Ziffer 15 bleibt unberührt.

2. Der Auftragnehmer erklärt mit Vertragsschluss, dass weder das Unternehmen noch Angehörige des Unternehmens in Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach § 19 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden sind. Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die genannten Gesetze sind gegen den Auftragnehmer nicht anhängig.
Der Auftragnehmer wird ausschließlich solche Subunternehmer einsetzen, die eine vorstehenden Sätzen 1 und 2 entsprechende schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer abgeben. Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer diese Erklärungen des Subunternehmers dem Auftraggeber vorlegen.
3. Der Auftragnehmer hat bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags alle für ihn geltenden rechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 AEntG oder einer nach § 3a AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden, sowie gern. § 7 Abs. 1 AGG und § 3 Abs. 1 Entg-TranspG Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu bezahlen.

4. Ziffer 18 (Haftpflichtversicherung) EVB-IT Dienstleistungs-AGB wird wie folgt ergänzt:

- „18.3 Die Versicherungssumme muss für Sachschäden mindestens EUR 250.000,00, für Vermögensschäden mindestens EUR 60.000,00 und für Personenschäden mindestens EUR 1.000.000,00 betragen.
- 18.4 Der Auftragnehmer tritt hiermit für den Fall eines Schadensereignisses sämtliche Ansprüche und Rechte (insbesondere auf Auszahlung der Versicherungsleistung, die ihm aus dem Versicherungsvertrag i. S. d. Ziffer 18.1 gegen den Versicherer zustehen bzw. noch zustehen werden, soweit sie einen Schaden betreffen, für den eine Pflichtverletzung aus diesem Dienstvertrag kausal ist und dem Auftraggeber ein entsprechender Schaden entsteht, an den Auftraggeber ab, soweit dieser Abtretung kein zwingendes gesetzliches Abtretungsverbot entgegensteht. Der Auftraggeber nimmt die Abtretung hiermit an.
- 18.5 Der Auftraggeber ist im Schadensfall berechtigt, die Schadensregulierung direkt mit dem Versicherer durchzuführen.
- 18.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinem Versicherer diese Abtretung anzuzeigen und sie bereits mit Abschluss dieses Vertrages anzuweisen, für den Fall einer von dem Versicherer übernommenen Schadensregulierung die fällige Versicherungsleistung direkt an den Auftraggeber zu überweisen.“

5. Zu Ziff. 19 (Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit) EVB-IT Dienstleistungs-AGB

Der Auftraggeber muss als Kreditinstitut insbesondere das Bankgeheimnis, die Regeln des Datenschutzes und das Verbot von Insidergeschäften einhalten. Der Wortlaut der Ziff. 19 EVB-IT Dienstleistungs-AGB wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„19 *Datenschutz, Geheimhaltung und Compliance*

- 19.1 *Der Auftragnehmer verpflichtet sich, über alle im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages zur Kenntnis gelangten Vertraulichen Informationen, ob mündlich oder auf sonstigen Trägermedien, vertraulich zu behandeln, sorgfältig aufzubewahren, nicht weiterzugeben oder Dritten auf sonstige Weise zugänglich zu machen, nicht zu vervielfältigen und ausschließlich im für die ordnungsgemäße Vertragsdurchführung erforderlichen Umfang, zu verwenden.*

Vertrauliche Informationen sind Informationen, Tatsachen und Daten, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, Tatsachen und Daten, die dem Auftragnehmer bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die zur Zeit der Kenntniserlangung durch den Auftragnehmer bereits rechtmäßig öffentlich bekannt waren.

19.2 *Der Auftragnehmer trifft geeignete Vorkehrungen zum Schutz der Vertraulichen Informationen.*

Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere zur Beachtung des Bankgeheimnisses, der einschlägigen Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie der einschlägigen Bestimmungen des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), hier insbesondere des Verbots von Insidergeschäften. (Anlage 5 „Wertpapier-Compliance“).

19.3 *Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung der Verpflichtungen nach den Ziffern 19.1 und 19.2 nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Verpflichtungen nach vorstehenden Ziff. 19.1 und 19.2 hindern könnte.*

19.4 *Im Falle der Beendigung des Dienstvertrages bzw. auf Anforderung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer, vorbehaltlich gesetzlicher Aufbewahrungspflichten, alle Dokumente oder sonstigen Trägermedien, des Auftraggebers und Testdaten des Auftraggebers unverzüglich an den Auftraggeber herausgeben. Ein diesbezügliches Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers ist ausdrücklich ausgeschlossen.*

19.5 *Vor Vertragsbeginn hat der Auftragnehmer die Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung (Anlage 3) und die Erklärung zum Verbot von Insidergeschäften (Anlage 5) der LfA unterzeichnet vorzulegen.*

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen gemäß Anlage 4 („Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit, des Bankgeheimnisses und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) für die LfA Förderbank Bayern“) sowie Anlage 5 („Wertpapier-Compliance“) zu verpflichten und dem Auftraggeber nachzuweisen.

19.6 *Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen gegen sie gerichteten Schadensersatzansprüchen frei, soweit diese auf einer von ihm zu vertretenden Verletzung seiner Verpflichtungen nach dieser Ziffer 19 beruhen.*

19.7 *Die Verpflichtungen dieser Ziffer 19 gelten sämtlich auch nach Beendigung dieses Vertrages weiter.“*

6. Personal des Auftragnehmers/Subunternehmer

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur solche Mitarbeiter bei der LfA einzusetzen, die keine einschlägigen Einträge im polizeilichen Führungszeugnis haben. Bei begründeten Zweifeln an der Zuverlässigkeit des eingesetzten Mitarbeiters hat der Auftragnehmer auf Anforderung des Auftraggebers ein polizeiliches Führungszeugnis des jeweiligen Mitarbeiters vorzulegen.

7. Verhaltenskodex der LfA Förderbank Bayern für Lieferanten und Dienstleister

Neben den in Nummer 1.2 genannten Vertragsbestandteil ist ebenso Vertragsbestandteil „Verhaltenskodex der LfA Förderbank Bayern für Lieferanten und Dienstleister“, der unter <https://lfa.de/website/de/metanavi/beschaffungshinweis/Verhaltenskodex-der-LfA-fuer-Lieferanten-und-Dienstleister.pdf> zur Einsichtnahme bereitsteht.

8. Gerichtsstand

Die Parteien vereinbaren München als ausschließlichen Gerichtsstand.